

# Der WirtschaftsReport

Wirtschaftspolitische Kommentare

Mai 2009

1. Jahrgang 2009

## Populismus und neue Feindbilder

POLITIK WILL MANAGERHAFTUNG VERSTÄRKEN, übersieht aber die Verantwortung für eigene Fehler

Von Günter Spahn

Wir neigen in Deutschland leider immer zu einem Aktionismus, der sich oft zur Hysterie entwickelt. Vor zwei Jahren führte die Klimadiskussion dazu, die Automobilindustrie zu verteuern. Leistungsstärkere Fahrzeuge wurden im Boulevard gelegentlich auch schon mal als „Stinker“ tituliert und einigen Politikern und Abgeordneten konnten etwa die Brüsseler Vorgaben oder Belastungen für die Autohersteller nicht scharf genug sein. Völlig verkannt wurde, dass die deutsche Automobilindustrie ein Eckpfeiler der gesamten Wirtschaft und Beschäftigung darstellt.

Es ist nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Produktionsziffern der deutschen Pkw-Hersteller drastisch schrumpfen ließ. Eine übertriebene Diskussion, auch um den Elektroantrieb, verunsicherte die potenziellen Käufer. Sollte man die Kaufentscheidung nicht doch um ein Jahr strecken? Vielleicht ist dann das Elektrofahrzeug im Markt. Diese Fragen und Meinungen konnte man oft hören und wie würde die Politik schlussendlich die Fahrzeuge besteuern? Der private Konsument für Autos wurde regelrecht verwirrt. Ein Kesseltreiben gegen die „PS-Bolzen“ irritierte selbst kaufkräftigere Interessenten. Die dann einsetzende Zurückhaltung der Käufer hat selbst Auswirkungen auf das Versicherungsgeschäft, denn weniger Neuzulassungen bedeuten auch weniger Kfz-Versicherungen.

Jetzt, nachdem die Saat aufging und das Kind in den Brunnen fiel, kurbelt man mit Abschwrackprämien das verloren gegangene Vertrauen wieder an. Sicher, die Wirtschaftskrise führte erheblich zur Kaufzurückhaltung, wahr ist aber auch, dass die Wirtschaft immer auch Psychologie ist und wenn man ständig eine Branche auch in den Medien madig macht, dann darf man sich über die Auswirkungen nicht wundern. Es gab ja sogar glorreiche politische Stimmen, die den Deutschen empfahlen, die vermeintlich klimapolitisch besseren japanischen Autos hiezulande zu kaufen. Nun gibt es ein neues Reizthema. Die Politik – zum Teil wiederum quer durch die Parteienlandschaft – hat ein neues Feindbild: Aufsichtsräte, Vorstände und Manager. Vor einigen Jahren, als die Aktienmärkte in ihrer Mägengehaltlosigkeit losgetreten wurde, führte dies zu einer Neidkultur. Jetzt wird die Stim-



Managerhaftung für Fehler in den Konzernzentralen mag populär sein; wer aber haftet in der Politik für politische Fehler?

mungsmache erweitert; die Regeln für die Managerhaftung sollen erheblich verschärft werden. Es ist wahr. In einem Umfeld unverantwortlicher „Finanzprodukte“, die offen gesagt die wenigsten verstanden haben, haben viele renommierte Großbanken versagt. Bankmanager gingen Risiken ein, obwohl ihre Institute die dafür notwendige Risikotragfähigkeit nicht hatten. Rating-Agenturen haben Papiere positiv beurteilt, die sich dann auf Schrott erwiesen haben. Insofern gab es auf breiter Front ein Versagen mit einem ungeheuren großen volkswirtschaftlichen Schaden. Allerdings haben auch die Rahmenbed-

ingungen, die ja schließlich politisch vorgegeben werden müssen, eben nicht gestimmt. Und schließlich wäre in aller Bescheidenheit zu fragen: Wo war die Finanzaufsicht? Dennoch bleibt das große Versagen hauptsächlich in den Führungssetzen der Banken. Insofern ist der öffentliche Ärger verständlich, zumal mit Stützungen des Staates letztendlich der Steuerzahler die Zeche zahlen muss. Dürfen jetzt trotzdem pauschal die Manager verteuft werden? Nein. Die große Mehrheit der Vorstände, Geschäftsführer und Manager erledigen in Deutschland eine gute Arbeit. Eine pauschale Verurteilung der Verantwortlichen

in den Unternehmen ist daher zu verurteilen. Bei Fehlern der Manager zahlt in der Regel eine entsprechende Haftpflichtversicherung! Nun soll ein Selbstbehalt in Höhe eines Jahresgehaltes zunächst den Manager, der die Fehler zu verantworten hat, belasten, bevor die Versicherung zahlen muss. Mit derartigen Planungen, im konkreten Einzelfall durchaus verständlich, diskriminiert man aber die gesamte deutsche wirtschaftliche Führungselite. Darauf wies jetzt zu Recht der Präsident des BDI (Hans-Peter Keitel) hin. Bei allem Verständnis für den derzeitigen Ärger darf das Vorgehen der Politik nicht dazu führen, dass die

deutsche Wirtschaft für Topführungs-kräfte etwa aus dem Ausland unattraktiv wird. Peter Löscher, Siemens Konzern-Chef, ist Österreicher und er macht einen sehr guten Job. Würde man eine Unternehmerpersönlichkeit wie Löscher mit übertriebenen Vorgaben für die deutsche Wirtschaft künftig auch noch gewinnen können? Wohl kaum.

Auch das „Zündeln“ – fast könnte man auch herbeizetern sagen – mit sozialen Unruhen ist unverantwortlich. Dies sehen auch so besonnene Gewerkschaftsführer wie Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie. Vergessen wir bitte nicht, dass Deutschland auch deshalb in der Vergangenheit so hervorragend dastand, weil wir im Vergleich etwa zu Italien oder Frankreich mehrheitlich besonnene Gewerkschaftsführer und klug handelnde Unternehmer hatten. Wir haben jetzt temporäre Schwierigkeiten – aber halt nur temporär. Deutsche Tüchtigkeit auf allen Ebenen und Besonnenheit wird unser Land wieder aus der Krise führen. Erste Hoffungszeichen der Besserung zeigen sich übrigens schon.

Die Politik muss auch im Jahr der Bundestagswahlen gegenüber der Wirtschaft moderierender wirken, nicht maßregelnd mit einer übertriebenen Managerhaftung. Dies wäre Aktionismus und Populismus pur und hilft weder der Wirtschaft noch der Beschäftigungslage! Wenn aber die Politik populistisch die Managerhaftung in die Öffentlichkeit bringt, dann muss in der Umkehrung schon die Frage erlaubt sein, inwieweit die Politik für ihre Fehler haften soll. Wer zahlt in der Politik für falsche Weichenstellungen, wer übernimmt die Verantwortung für die Verschwendung von Steuergeldern? Wer zieht die Politik – außer dem Wähler – in die Verantwortung, wenn sie versagt? Wer übernimmt in der Politik die Verantwortung für fehlende oder falsche Rahmenbedingungen, wenn es um beschäftigungswirksame Investitionen etwa in neue notwendige Kraftwerke geht? Wer übernimmt schließlich die Verantwortung, wenn Verwaltungsrate aus der Politik bei den Landesbanken überfordert sind? Es wäre dringend geboten, wenn auf allen Ebenen – in der Politik, in der Gesellschaft – endlich und selbstoffen auch in der Wirtschaft – wieder etwas mehr Vernunft die Oberhand gewinnt.

## Phrasen – Versprechungen – Worthülsen

DIE BUNDESTAGSWAHL 2009 lässt grüßen

Von Günter Spahn

Aufmerksame Beobachter der Medien haben es längst gemerkt: Worthülsen und Versprechungen von Parteien haben anziehende Konjunktur. Zwar ist die Bundestagswahl erst am 27. September 2009 – aber insbesondere die Linkspartei und die Grünen überbieten sich derzeit mit der Anzahl von Arbeitsplätzen, die sie schaffen wollen. Die Grünen versprechen jetzt in ihrem Wahlprogramm eine Million neue Arbeitsplätze und die Linkspartei übertrifft diese Zahl locker mit gar zwei Millionen! Eigentlich sind solche Ankündigungen höchst unseriös, weil Arbeitsplätze nur die Wirtschaft mit ihren Unternehmen und der öffentliche Dienst (Bund, Länder, Kommunen) als Arbeitgeber anbieten können. Arbeitsplätze entstehen vor allem durch industrielle Produkte, die wettbewerbsfähig sind und vom Markt gefragt werden sowie durch den Handel und letztendlich durch Dienstleistungen. Sowohl die Linkspartei als auch die Grünen setzen auf Umverteilungen und Belastungen des so genannten „Reichen“ (und Einschränkungen für Unternehmen) für die Finanzie-

rung ihrer Arbeitsplatzversprechungen. Gleichzeitig sollen die Leistungsträger der Gesellschaft vergrault werden und genau mit derartigen Rezepten, die auf eine Polarisierung der Gesellschaft hinauslaufen, schafft man eben keine Arbeitsplätze – im Gegenteil, man verunsichert die arbeitsplatzschaffenden Investoren. Die Linkspartei will den Spitzensteuersatz für Einkommen ab 84.000 Euro p. a. auf 53% anheben und Privatvermögen ab einer Mio. Euro zusätzlich mit jährlich 5% versteuern. Die Grünen wiederum wollen die Erbschaftsteuer erhöhen und ebenfalls neben der Einführung einer Vermögensabgabe den Spitzensteuersatz erhöhen. Gleichzeitig setzen die Grünen auf Worthülsen wie „Zukunftsvertrag, New Deal für neue Arbeit und Innovationen“ und schließlich auf eine Verbindung von Ökologie und Ökonomie, was immer man unter diesen Begriffen verstehen möge. Zunächst einmal schafft man mit der Erhöhung der Spitzensteuersätze keinen Anreiz für tüchtige Leute, die sich etwa selbstständig machen wollen und dadurch dann tatsächlich Arbeitsplätze schaffen können. Auch kann man mit einer Ablehnung „zu hoher Renditen“ in der Wirtschaft kein Klima für Investitionen schaffen. Die Unternehmen brauchen ordentliche Gewinne als Grundla-

ge für Investitionen, die wiederum die Voraussetzung für Arbeitsplätze sind. Ein weiterer kritischer Punkt im „grünen Programm“ ist das Versprechen von 200.000 Arbeitsplätzen durch den Abbau von Schwarzarbeit. Eher bildet aber ein Hund

einen eher unwahrscheinlichen Wurstwurst, bevor „Schwarzarbeit“ verschwindet. Man mag es bedauern und es ist zu bedauern: Schwarzarbeit hat es immer gegeben und wird es immer geben. Wer dies nicht sieht, ist ein Phantast!

Arbeitsplätze kann die noch intakte Energiewirtschaft mit einem gewaltigen Investitionsprogramm in neue Kraftwerke – auch in regenerativer Technologien – schaffen. Aber in einer ideologischen Verbrämung sondergleichen sind die Grünen gegen die Kernenergie, aber auch gegen die Kohleerzeugung und gegen beides zu sein, dies geht eben nicht. Selbst wenn bis zum Jahre 2020 beachtliche 40% erneuerbare Energien für die Stromerzeugung installiert werden sollten (so das Programm der Grünen), dann bliebe immerhin noch die Frage offen, wie der Rest von 60% erzeugt werden soll. Um Antwort wird gebeten ... Ökologie und Ökonomie kann durchaus funktionieren – aber nicht nach dem Strickmuster der Grünen. Wenn ältere Kohlekraftwerke etwa durch modernste Anlagen ersetzt werden, die eine erhebliche Reduzierung von CO 2 ermöglichen, dann wäre dies ein Beitrag der Verbindung von Ökologie und Ökonomie. Aber genau dies will ja die Ökopartei (sofern dieser Ausdruck überhaupt gerechtfertigt ist) nicht. Wer die Kohleerzeugung bei gleichzeitiger Ablehnung der Kernenergie auf das Abstellgleis schieben will, gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland, denn ohne Energie geht es nun einmal nicht. Und ohne Energie gibt es keine Arbeitsplätze.



Reichensteuer polarisiert und ist lediglich ein wahlpolitisches Schlagwort.

Bild: Pixello